

ihrer Basis und ihres Einflusses, während andererseits von Übersiedlungersuchenden die ihnen von diesen Kräften gebotenen Möglichkeiten zu Versuchen öffentlicher Druckausübung zur Erzwingung von Übersiedlungsgenehmigungen genutzt wurden.

Insbesondere in der Hauptstadt der DDR unternahmen maßgebliche Kräfte einzelner feindlich-negativer Gruppierungen u. a. von der "Umweltbibliothek" aus ernstzunehmende Versuche, im großen Umfang Übersiedlungersuchende aus der DDR für gemeinsame Aktionen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in Berlin, Leipzig und anderen Städten zu Gruppen zusammenzuführen. Auch in anderen Bezirken erfolgte - insbesondere nach dem 17. 1. 1988 - die Bereitstellung von kirchlichen Räumlichkeiten und die Integrierung von Übersiedlungersuchenden in feindlich-negativen Gruppierungen, die z. T. bis zur Gegenwart im Sinne politischer Untergrundtätigkeit aktiv sind.

Im Oktober 1988 wurde ein Schriftstück der "Initiative Frieden und Menschenrechte" mit der Überschrift "Mitglieder der Initiative für Frieden und Menschenrechte fordern die öffentliche Auseinandersetzung mit der Ausreiseproblematik" sichergestellt, in welchem an "Ausreisewillige" 17 Fragen zu den Gründen ihres Antrages gerichtet wurden.

Die Antworten sollten Grundlage für die "Ursachenforschung" zu dieser Problematik bilden und einer "Öffentlichkeit" zugänglich gemacht und auf diese Weise ein weiteres Druckmittel gegen den Staat geschaffen werden.

Es kann eingeschätzt werden, daß im Berichtszeitraum, insbesondere im Zusammenhang mit der Provokation am 17. 1. 1988, durch die eingeleiteten Maßnahmen des MfS Strukturen und Aktivitäten von Kräften des politischen Untergrundes